

infobrief 14/05

Mittwoch, 30. März 2005

Stichwörter

Wucher, Sittenwidrige Ratenkredite, Predatory Lending, USA, Konferenz

Wucherkredite in den USA

Bericht von einem Kongress der Nationalen Koalition von Bürgerinitiativen und Instituten zum Stadt- und Regionalinvestment der Banken (National Community Reinvestment Coalition, kurz NCRC)

in Washington D.C. vom 16.-19.3.2005

A NCRC-Kongress in Washington D.C.

Vom 16. – 19.März 2005 fand in Washington DC eine Konferenz mit über 500 amerikanischen Bürgerorganisationen statt, die sich um das Finanzverhalten der Banken in ihren Städten und Gemeinden kümmern. Nachdem jahrelang der Schwerpunkt der Erörterungen darauf lag, wie man mehr Bankaktivitäten gerade in schwierigen Gebieten schaffen konnte, die auch Unterschichten Zugang zu Krediten und zu den in Amerika wichtigen Hausfinanzierungen verschaffen, ist nun ein ganz neues Thema in den Mittelpunkt gerückt, der Wucherkredit oder wie die Amerikaner es nennen, das predatory lending.

Titel der Workshops dieses Kongresses waren:

Soziale Gerechtigkeit und Reinvestition von Spargeldern in die Gemeinden, Prozesse um faire Kreditvergabe gegen die Finanzdienstleistungsindustrie, verantwortliche Kreditvergabe, Mainstreet gegen Wall Street, Zugang zu Kapital für Unternehmen der Minderheiten, Stopp der Zwangsversteigerung von Häusern, Globalisierung im Bankenbereich und faire Bankbedingungen, Entwicklungsinstitut und globale Finanzmärkte, internationale Regeln und Regulierungen, die Entwicklung von Wucherkrediten, die staatlichen Refinanzierer und das Recht zu angemessenen Hypothekenkrediten sowie Finanzielle Allgemeinbildung.

An der Konferenz nahmen ca. 500 Personen aus den gesamten USA teil. Hauptsprecher bei den beiden gemeinsamen Essen waren Hillary Clinton und der Chef der Amerikanischen Zentralbank, Alan Greenspan. Das iff leitete den Workshop über die internationalen Finanzmärkte und ihre Auswirkungen auf die Kreditvergabepraxis und war bei weiteren Podiumsveranstaltungen auch im Plenum über die Entwicklung der Situation nach Globalisierung der Finanzmärkte vertreten.

Erstaunlich für europäische Verhältnisse war, dass unter den Hauptsponsoren sich auch die Citigroup befand, die stolz darauf ist, NCRC zu unterstützen. Weiter gehörten GP Morgan Chase, National City US Bank und HSBC zu den Sponsoren. Der Umgang machte deutlich, dass auch Banken ernstzunehmende Gesprächspartner brauchen, die sachkundig das übersetzen können, was ihnen an Unmut in Geschäft und Politik teilweise entgegenschlägt. Das schließt keineswegs aus, dass sie auf anderer Ebene auch gegeneinander antreten müssen.

B Die Ausbreitung von Wucherkrediten in den USA

Der Kongress beschäftigte sich unter vielen Themen mit der Qualität von Krediten. Das Predatory lending, wie eine Broschüre der Koalition gegen missbräuchliche Kreditvergabe in Iowa vom Februar 2005 titelt, umfasst eine Vielzahl von Kreditvergabepraktiken, die vor allen Dingen ärmere Schichten dadurch übervorteilen, dass sie hohe Bearbeitungsgebühren und Abschlusskosten nehmen, unnötige Produkte verkaufen und Kreditbedingungen schaffen, die zu einer Verlängerung des Kredites und vor allem zu einer Erhöhung der Verschuldungsbürde führen. Wucherkreditgeber zwingen Verbraucher häufig in Kredite hinein, die sie sich nicht leisten können und die nicht in ihrem besten Interesse sind.

Im Einzelnen werden drei Praktiken immer wieder genannt.

1. Hohe Gebühren bei besonders kurzfristigen Krediten, die dann de facto doch durch dauerndes Umschulden zu langfristigen Krediten werden und zu Zinssätzen von 400% und mehr führen können.
2. Loan flipping, eine Praxis, bei der mit scheinbar günstigen Konditionen Kredite immer wieder umgeschuldet werden, manchmal sogar schon kurz nach dem Kreditabschluss, um dadurch die Zusatzkosten unsichtbar werden zu lassen.
3. Payday Loans, das sind kurzfristige Kredite, um den Zugriff auf den nächsten Lohn oder die Lohnsteuerrückzahlung zu ermöglichen. Sie werden als tax free fund loans bezeichnet, eine Art der Steuererstattung, die in Amerika deshalb wichtig sind, weil das Armutsbekämpfungsprogramm vor allen Dingen hier bei ärmeren Leuten eine hohe Steuerrückzahlung vorsieht, die damit teilweise von der Finanzindustrie aufgesogen wird.

Diese Praktiken werden teilweise auch von Banken ausgeführt, indem sie mit Steuerhilfvereinen zusammen arbeiten. Vor allem sind es in Amerika aber die für die Kreditvergabe zugelassenen sonstigen Finanzdienstleister, die wie Pilze aus der Erde sprießen und aus einem Staat heraus agieren, bei dem sie wenig Kontrolle und vor allen Dingen keine harten Regulierungen erwarten müssen. Die Regulierung von Wucherkrediten ist nämlich in den USA weiterhin Sache der Einzelstaaten. Weil sie ihre Gesetzgebung de facto exportieren können gilt aber häufig das Recht der Staaten, die keine Wuchergrenze kennen.

Die neuen Firmen, die in ganz Amerika aus dem Boden sprießen und im Grunde nur Bankengelder für die Banken, sowohl vom Namen als auch von der Art und Weise des Absatzes weiterverwerten heißen dabei z.B. Check Into Cash Advance Amerika, vertreten in 26 Staaten mit Sitz in Cleveland, die Cash Advance Centers INC., die in 24 Staaten aktiv ist aus South Caroli-

na, die MM Finance LLC aus Nevada in 16 Staaten, Check´n Go aus Ohio in 16 Staaten, Mr. Money Financial Services INC. aus Colorado in 10 Staaten.

Schnell, leicht und sofort, die amerikanischen Werbeslogans der predatory lenders kommen bei uns auch mit dem EasyCredit sowie den Internet-Werbekampagnen in das Verbraucherbewusstsein. Der Zusammenhang von Einkommen und Kredit, das Verhältnis von Vor- und Nachsparen, von Arbeit und Konsum wird so im Bewusstsein der Verbraucher zerstört und die ungehemmte Verschuldung gefördert.

C Die Gegenbewegung in den USA

Wo Probleme sind, da zeigen sich auch Lösungen. Da hilft es offensichtlich, dass Präsident Bush die Gesellschaft tief gespalten hat in das „alte Amerika“, das Weltoffenheit, Freiheit und Gerechtigkeit verlangt, und das „neue Amerika“, das Freiheit als Kürzel für fundamentalistische Feindbilder mit einer Völkerverbindung, die den größten Unternehmen entwachsen ist, verbindet. Die amerikanischen Bürgergruppen, allen voran das Zentrum für verantwortliche Kreditvergabe in North Carolina sowie das Verbraucherrechtszentrum in Washington DC, haben die Kosten, die den Armen durch Wucherkredite auferlegt werden, geschätzt. Durch unnötige Kreditversicherungen sind es 2,1 Milliarden Dollar, durch überhöhte Bearbeitungsgebühren 1,8 Milliarden, durch Vorfälligkeitsentschädigungen bei Konsumkrediten 2,3 Milliarden sowie durch erhöhte Kreditzinsen noch einmal 2,9 Milliarden Dollar, also insgesamt 9,1 Milliarden Dollar.

Bei dieser Steuer für Armut, die die Finanzindustrie der Unterschicht auferlegt, sind noch nicht die exorbitanten hohen Zinsen im Kreditkartengeschäft mitgerechnet, das heute im Konsumentenkredit der USA, dessen Volumen auf über 2,5 Billionen Dollar angeschwollen ist, vorherrscht. Im Kreditkartengeschäft sind alle diese Praktiken systemimmanent. Zinsen sind variabel, werden dem Kapital zugeschlagen, Umschuldungen sind automatisch und die Zinssätze sind exorbitant. (Die Europäische Kommission oder wer dahinter steht wollen diese Kredite mit der Zahlungsverkehrsrichtlinie in Europa freigeben.)

Überall bilden sich in den USA Initiativen wie die Initiative aus Iowa, in der verschiedene Kirchen wie die Presbyterianer, die Beratungsdienste für Wohnungssuchende aber auch der staatliche Refinanzierer Fannie Mae, das interreligiöse Council der Methodisten, der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und die erwähnte Koalition der Community Gruppen im NCRC. In der Gesetzgebung bildet das Land North Carolina den Vorreiter, das schon vor 15 Jahren angefangen hatte, einzelne solcher Praktiken zu verbieten. Dabei werden für kurzfristige Kredite Höchstzinssätze festgelegt, die bei 16% liegen, es werden Bearbeitungsgebühren reduziert (auf 5% der Summe), es wird die sofortige Umschuldung verboten und es wird eine starke Aufsicht sowie Schadensersatzansprüche gegen Finanzdienstleister im Gesetz verankert.

In North Carolina wurden auch die Wirkungen einer solchen Gesetzgebung untersucht. Die Behauptung, insbesondere wie sie die Regierung des Vereinigten Königreiches in Europa immer wieder aufstellt, besserer Verbraucherschutz gegen Wucherkredite würde den Zugang zum Kredit vermindern, wurde damit widerlegt. Der Anteil der offensichtlich wucherischen Kredite ist nämlich danach in North Carolina drastisch zurück gegangen, die Kreditversorgung der Be-

völkerung hat in keiner Weise gelitten, lediglich die schlimmsten Verleiher haben das Land verlassen und damit den Markt für anständige Finanzdienstleister geöffnet.

D Internationalisierung der Wucherkredite

In England gibt es inzwischen weit schlimmere Praktiken, wie sie die DOOD, die Koalition gegen Schulden an der Haustür anprangert. In der vor allen Dingen von der katholischen und protestantischen Kirche mit ihrem Anti-Armutsprogramm getragenen Initiative wird auf die Armutswirkungen dieser entfesselten Kreditgesellschaft, in der mit Geld allein Geld verdient wird, hingewiesen. Dass die Weichen auch in Deutschland, Frankreich, Italien und in den Benelux-Staaten, ganz zu Schweigen von den neuen Mitgliedern im Osten der EU in dieser Richtung gestellt sind, beweist die aktuelle Rechtsentwicklung. Diskriminierende Zinspraktiken ergreifen immer mehr Banken in Deutschland, nicht nur die aufgezählten ausländischen Banken. Teilweise benachteiligen auch deutsche Großbanken Menschen allein wegen ihres geringeren Einkommens mit höheren Preisen. Die Europäische Union bereitet den Kreditkartenunternehmen den Weg auf den Kontinent vor, indem sie in ihrem neuen Vorschlag einer Zahlungsverkehrsrichtlinie die Kreditkartenkredite freigibt und diese Kredite von der Bankenaufsicht befreit. Der Vorschlag einer neuen EU-Richtlinie will die Schriftform abschaffen und damit Internetkredite zulassen, er will Zusatzprodukte aus der Angabepflicht befreien, Vorfälligkeitsentschädigungen auch für Konsumentenkredite einführen und das Ganze noch den Ländern als Zwangsgesetz aufzwingen, so kein Staat mehr zu den alten Wucherschutzvorschriften zurückkehren kann.

Die neue EU-Richtlinie in der vom CSU-Abgeordneten Wuermeling mit der DG Markt ausgehandelten Form findet eine merkwürdige Parallele in den USA, wo inhaltlich gleiches präsentiert wird und der Verdacht nicht abzuweisen ist, ob auch die Autorenschaft miteinander verwandt ist. Nachdem etwa 12 Staaten in den USA sich in ihrer Gesetzgebung den Wucherkrediten gewidmet haben, hat nun die Lobby der Konsumentenkreditbanken in Washington eine Bundesgesetzgebung über Wucherkredite auf den Weg gebracht, die nicht das Ziel hat, dieses Problem bundeseinheitlich zu lösen, sondern den Ländern die Gesetzgebungszuständigkeit wegzunehmen. Vorreiter war gerade Großbritannien, wo die Reform des Konsumentenkredits unter dem falschen Etikett der Wuchergesetzgebung lediglich Schutzrechte durch Informationsrechte ersetzte. In einem entsprechend auch in den USA auf die Information reduzierten Föderalen Bundesgesetz werden die Praktiken des predatory lending letztlich legalisiert und die positiven Erfahrungen mit sozialem Verbraucherschutz aus North Carolina oder auch in New York, New Jersey, New Mexiko, Michigan, Massachusetts und Kalifornien ignoriert.

Das Nationale Verbraucherrechtszentrum hat ebenso, wie es das iff zusammen mit den Verbraucherverbänden zur EU-Richtlinie versucht hat, einen Gegenentwurf zu dem im Kongress eingebrachten Wucherkreditgesetz eingebracht, der aber keine Chance hat. Die USA treiben in eine Kreditkartengesellschaft, bei der so wie auf den internationalen Geldmärkten dann auch beim Verbraucher das Geld um seiner selbst willen zirkuliert und vermehrt werden soll. Nachdem der Kongress praktisch den Verbraucherkonkurs für ärmere Schichten mehr oder weniger abgeschafft hat, indem er ein Minimum an Zahlungsfähigkeit voraussetzt und vor allen Dingen die Bürger in Zahlungspläne hineinzwingt, die Rückzahlungsmodalitäten vorsehen, die für die ärmere Schicht illusorisch sind, gibt es jetzt die vom amerikanischen Supreme Court

Anfang des Jahrhunderts als Sklaverei gezeißelte ewige Geldschuld, eine ungehemmte Umschuldungspraxis, Zinseszinsen als Geldmaschine und Geldstrafen für Entschuldung. Man darf es wohl als Gefälligkeiten für die Unterstützung der Finanzindustrie im Wahlkampf werten.

Die Koalition der Bürgerinitiativen wird sich jetzt darauf beschränken müssen, wenigstens den Regierungsentwurf zu verbessern. Die Strategie einiger Großbanken in Europa ist nicht besonders anders. Auch sie versuchen in Brüssel eine Direktive durchzupauken, die an die Stelle der Gesetzgebung der einzelnen Länder treten soll. Gott sei Dank ist sie noch so schlecht gemacht, dass der Ministerrat sich nicht einmal damit befassen konnte, weil sie bisher noch unlesbar ist und viele Fehler enthält. Sollte dieses Gesetzeswerk in Brüssel Bestand haben, dann dürfte in Europa der Weg hinter der USA und England her eingeschlagen sein, wonach auch wir unsere Armutsrate in den nächsten 10 Jahren erheblich dadurch erhöhen können, dass wir die Einkommensschwachen zur Jagd auf ihr verbliebenes Einkommen freigeben.

E Ansätze weltweiter Zusammenarbeit

Mit der Einladung in die USA und der Gegeneinladung nach Hamburg, der Zusammenarbeit im englischen Parlament und darüber hinaus international haben iff, NCRC, DOOD angefangen, der weltweiten Ausbreitung der Wucherkredite gemeinsam zu begegnen.

Internationale Finanzkonzerne brauchen ein Gegengewicht, als Gegner wie auch als Gesprächspartner. Mit den transnationalen Staatsbürokratien in Brüssel, Frankfurt oder Washington haben sie zur Zeit eine eher leichte Runde, was ihrer eigenen Qualität ebenso wie unserer Zukunft schadet. Die Europäische Kommission setzt auf handverlesene Expertengruppen, die den politischen Prozess ersetzen sollen. Umringt von Einrichtungen wie dem European Credit Research Institute von Citibank, Prudential und anderen, dem Büro des Round Table der Chefs der weltgrößten Banken in Brüssel, der Zuarbeit durch EUROFINAS, European Mortgage Federation, European Banking Federartion oder Euro Coop gibt es eher zu viel Sachverstand und zu wenig Demokratie. Der angeblich dem Sparzwang geschuldete englische Sprachzwang der einen Sprechzwang der Anglophonen in Brüssel auslöst, schaltet das „alte Europa“ und seine altmodischen Vorstellungen von einer gezähmten Kreditgesellschaft und ihrem Schutz des Geldschuldners aus.

Es wird Zeit, dass die nationalen Verbände und die in Brüssel bisher vollständig fehlende Presse nicht nur die Banken sondern auch die Kommission überwacht. Dass die nationale Opposition in Brüssel keinen Einfluss auf die Bankengesetzgebung zu haben scheint, dass selbst das dortige Feierabendparlament darin eingewilligt hat, dass es bei Bankdirektiven in Zukunft nicht mehr unmittelbar einbezogen wird sondern das Ganze den Expertengremien („Lamfalussy-Prozess“) überlassen bleibt, sollte ebenso als Alarmsignal begriffen werden, wie es Gewerkschaften und Handwerk bei dem Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie aus demselben Haus erkannten. Die Bankenrichtlinien dürften für den Zustand der Kreditgesellschaft von morgen noch weit wichtiger sein. Sie sind auch nicht so schwierig zu vermitteln wie viele glauben. Es reicht zu wissen, dass die Wucherkredite in Europa freigegeben werden sollen.

NCRC, DOOD und iff haben gemeinsam beschlossen, im gegenseitigen Informationsaustausch über Probleme und Lösungsmuster informiert zu bleiben. Es wurde ein gemeinsame Konferenz

für März 2006 in Brüssel verabredet, die eine möglichst breite Basis schaffen soll und die Entwicklungsländer, die in Washington bereits zahlreich vertreten waren, einschließt. Die Brüsseler Konferenz soll durch nationale Treffen im Herbst vorbereitet werden, wobei Deutschland, Frankreich und England das Beispiel geben sollen. Aktiv beteiligt sein werden alle, die sich mit der sozialen Verantwortung in der Kreditgesellschaft befassen wollen. Dazu gehören Sozial- und Verbraucherverbände ebenso wie die Anbieter sozialer Finanzdienstleistungen, wie sie in Frankreich, England und den USA relativ breit organisiert sind, in Deutschland im staatlichen Sektor eingebunden eher Distanz zu den sozialen Initiativen halten. Ob die Gewerkschaften sich engagieren können hängt davon ab, ob sie über das Thema Arbeitslosigkeit auch zu den Lebensverhältnissen ihrer Mitglieder zurückfinden, die sie Anfang des 20. Jahrhunderts so umfassend vertreten hatten.

Auf dem Treffen in Washington wurde auch verabredet, den Gruppen und Initiativen einen Expertenrat „Responsible Lending“ zur Seite zu stellen, der weltweit zusammengesetzt Stellungnahmen abgeben und neben die vielen Expertenräten der Anbieterseite treten könnte, um Regierungen und Verbände bei ihrer Politik zu unterstützen.

Mit der iff-Website <http://www.responsible-lending.net> in mehreren Sprachen sowie der Global Fair Banking Initiative <http://www.ncrc.org/global/aboutGFBI.htm> des NCRC, der New Yorker Fair Finance Watch <http://www.fairfinancewatch.org/>, dem Woodstock Institut Chicago <http://www.woodstockinstitute.org>, Debt on your Doorstep in London <http://www.church-poverty.org.uk/html/about%20dood.htm>, Finance Solidaire <http://www.finansol.org> in Frankreich und vielen Vertretern aus der dritten Welt war die Konferenz ein interessanter Anfang, den auch die Vertreter der Weltbank und der Ford Foundation begrüßten.